

bedürfen einer sorgfältigen Analyse dieses Mangels und einer gesellschaftlichen Debatte, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Grundsätzlich ist die Frage zu reflektieren, welche Zugangsmöglichkeiten der transtopische Raum bietet und wie in der Raumproduktion Aneignung und Teilhabe verwirklicht werden können, um Zugehörigkeit zu ermöglichen.

6.3 Die Gesellschaft braucht eine postmigrantische Bildung

Yildiz beschreibt die Entstehung von Sozialkapital in Verbindung mit transnationalen Handlungsstrategien (vgl. YILDIZ 2014: 66).

Eine Habitustransformation im Sinne der bereits dargestellten reflexiven Pädagogik ist das Ergebnis von *Lernprozessen* im Zusammenhang mit einer notwendigen *Neustrukturierung* des Alltags. Transnationale Mobilität mit einem Umzug über (eine) nationale Grenze(n) hinweg führt zu neuen sozialen Kontexten und Zusammenhängen. Die bisherigen Zusammenhänge reißen aber nicht ab, sondern werden ebenfalls weiter gepflegt. Es entstehen neue, mit Innovationskraft ausgestattete soziale Räume:

»Gerade Mobilität in Form von Migration ist ein Beleg dafür, wie es zu biographischen Neuorientierungen, räumlichen Neuverortungen und damit zu transnationalen Räumen kommt. Migrationsfamilien bewegen sich in unterschiedlichen lokalen Kontexten, in denen sich unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Elemente globaler Art vermischen. Gerade diese Bewegung nötigt die Familien zur permanenten Biographisierung und eröffnet neue Zugänge zu sich selbst und den eigenen Lebensräumen.« (Ebd.: 64)

»Transtopien« sind »Zwischenräume«, in denen weltweite Querverbindungen zusammenlaufen und sich zu Alltagskontexten verdichten« (ebd.). Transnationale Mobilität führt nicht zu kultureller Zerrissenheit oder zu Schwierigkeiten, sich am neuen Ort einzufinden. Ganz im Gegenteil: Mehrheimische verknüpfen transnationale und -kulturelle Handlungsressourcen und Handlungskompetenzen, kumulieren und generieren soziales und kulturelles Kapital und entwickeln innovative urbane Alltagspraxen.

Das Thema der Integration erscheint in einem anderen Licht. Die ideologiekritische Dekonstruktion der Deutungsmuster zu Migration, Integration und Kultur hat gezeigt, dass sie in der postmigrantischen Gesellschaft einen diskursiven cultural lag und nicht die soziale Wirklichkeit abbilden. Der hegemoniale Migrationsdiskurs mit seinen migrantistischen Implikationen ist insofern nicht geeignet, die postmigrantische, gesellschaftliche Wirklichkeit zu beschreiben, sondern wird unter dieser Perspektive selbst zum Forschungsgegenstand. Er muss auf seine impliziten und expliziten Voraussetzungen und deren negative Folgen für die

Entwicklung und den inneren Frieden der postmigrantischen Gesellschaft befragt werden. Integration ist keine assimilatorische Leistung:

»Im Gegensatz zu gängigen nationalen Narrativen wird im postmigrantischen Diskurs nicht nach integrativen Leistungen von (Post-)Migranten gefragt, es rücken vielmehr Prozesse von Entortung und Neuverortung, Mehrdeutigkeit und Grenzbiographien ins Blickfeld. Gerade der von Homi Bhabha im metaphorischen Sinn gebrauchte Begriff ›Dazwischen‹ scheint auch für (post-)migrantische Situationen, in denen mit eindeutigen Verortungen gebrochen und Diskontinuitäten ins Blickfeld gerückt werden, prägend zu sein. Dieser ›innovative Bruch‹ stellt Dualismen von westlich/nichtwestlich, Inländer/Ausländer, die bisher als Wegweiser der gesellschaftlichen Wahrnehmung fungierten, radikal infrage und rückt stattdessen produktive Spaltungen, Mehrfachzugehörigkeiten und bewegte Biographien ins Blickfeld.« (YILDIZ 2015: 21)

Die postmigrantische Gesellschaft akkumuliert transnationales soziales und kulturelles Kapital, ist innovativ und in Bewegung, trotz der mit transnationaler Mobilität verbundenen rechtlichen Restriktionen. Sie weiß mit diesen Restriktionen umzugehen und neue Wege der Bewältigung des Alltags in der polykontextuellen vieldeutigen Welt zu generieren.

Abbildung 19: Graffiti, Ruhrgebiet



Sind Krisenszenarien in der Dramademokratie bevorzugte Produkte der kommerzialisierten Medienlandschaft mit korrespondierenden, negativen Deutungsmustern, ist die Einstellung der transnational mobilen Personen deutlich positiver. Die Auswertung der sogenannten Vermächtnisstudie zeigt für Deutschland, dass diejenigen »mit eigener Migrationserfahrung« »ein freundlicheres und optimistischeres Bild vom zukünftigen Deutschland als alle anderen Gruppen« zeichnen und den 10 Prozent der Interviewten zugerechnet werden müssen, die »eine positive Vision von der Zukunft entwickeln und weder dunkle Wolken noch Unsicherheit aufziehen sehen« (ALLMENDINGER 2017: 196). Die Krisenszenarien verkaufen sich zwar gut, sorgen aber gleichzeitig auch für ein Unwohlsein, für Pessimismus und Gefühle der Unsicherheit. In transtopischen Räumen lassen sich diese Krisenszenarien vor dem Hintergrund einer größeren Bandbreite ausländischer Medien, die durch mehrheimische Sprachkompetenzen zusätzlich verstanden werden können, eigener Erfahrungswerte und transnationalem Austausch über politische Diskurse, Lebensumstände und Entwicklungen in unterschiedlichen Regionen der Welt relativieren. Das Krisenszenario wird offenbar unter diesen reflexiven Bedingungen eher in seinem Inszenierungscharakter erkannt.

So ist der transtopische Raum nicht nur eine neue urbane Verortungspraxis, in der transnationale Einflüsse sowie soziales und kulturelles Kapital gebündelt werden, sondern auch ein reflexiver Raum, in dem hegemoniale Deutungsmuster, mediale Krisenszenarien und signifikante Symbole auf den Prüfstand kommen und als Typisierungen entlarvt werden können.

Die Entmythologisierung betrifft nicht nur gesellschaftliche Deutungsmuster zu Integration und Migration, sondern auch globale Einstellungs- und Erwartungsmuster zur Zukunft. Das reflexive Potenzial der transtopischen Räume erschöpft sich also nicht im Selbstbezug, den man im Muster der Parallelgesellschaft ja unterstellt, sondern steht in der Mitte der postmigrantischen Gesellschaft und fokussiert *gesellschaftliche* Themen. Die Wahrnehmung des Outputs dieser Reflexion, eine positive Gesellschaftsvision, scheint jedoch dem Muster der gesamtgesellschaftlichen Unterrepräsentiertheit migrantischer Sichtweisen zu folgen:

Die postmigrantische Gesellschaft, wäre sie sich gesamtgesellschaftlich ihrer transkulturellen Ressourcen, transnationalen Bezüge, alltagspraktischen Strategien der Raumproduktion sowie ihrer Ambiguitäten, Querverbindungen, Mehrdeutigkeiten und deren Ineinandergreifen bewusst, wäre offenkundig optimistischer und freiheitlicher als eine Gesellschaft, der diese postmigrantische Reflexivität fehlt.

Die Machtstrukturen, die eine defizitorientierte Migrationsdebatte hervorbringen und aufrechterhalten, vermitteln sich diskursiv über hegemoniale Deutungsmuster, die über das statisierte signifikante Symbolsystem legitimiert

werden. Machtasymmetrien brauchen eine Legitimitätsgrundlage, um Einfluss auf gesellschaftliche Strukturen zu entfalten.

In der Integrationsdebatte verzahnen und bündeln sich Benachteiligungen aufgrund von Herkunft, Religion, Kultur, Sprache und Gender sowie Klasse, wobei die Klassenzugehörigkeit auch durch Praktiken der Abqualifizierung ausländischer Abschlüsse beeinflusst wird.

Welche Bildung ist erforderlich, um transformativ zur Dekolonisierung beizutragen und vorhandene Machtstrukturen abzubauen? Im Fokus stehen nicht mehr individuelle Habitustransformationen, sondern die Gesellschaftstransformation. Erwachsenenbildung und Gesellschaft beschreibt Schäffter in einem dialektischen Verhältnis:

»Wie ein Fisch im strömenden Wasser, so steht Erwachsenenbildung in einem durchaus dialektischen Verhältnis zu der sich wandelnden Gesellschaft, für die sie einerseits die konstitutiven Voraussetzungen bietet, sich andererseits aber auch als Medium ihrer Wirksamkeit verfügbar macht. Umgekehrt betrachtet kann Erwachsenenbildung in diesem Verständnis fraglos als eine Variante gesellschaftlichen Selbstausdrucks und – ähnlich wie Massenmedien, Kunst und Sozialwissenschaft – als Form gesellschaftlicher Selbstthematisierung verstanden werden.« (SCHÄFFTER 2001: 40f.)

Schäffter führt weiter aus:

»Teilt man dieses dialektische Verhältnis zwischen institutionalisiertem Erwachsenenlernen und Gesellschaft, so liegt jeder Institutionalisierungsvariante immer auch eine implizite oder explizite Gesellschaftstheorie zugrunde.« (Ebd.: 41)

Die Gesellschaftsbeschreibungen und soziologischen Zeitdiagnosen sind vielfältig und ausdifferenziert. Jede Zeitdiagnose fokussiert einen eigenen Aspekt von Gesellschaft, stellt andere Fragen und kommt zu anderen Antworten. In diesem Kontext der »Unbestimmtheit« und »Unbestimmbarkeit« gibt es keine richtigen und falschen Zeitdiagnosen, sondern sie sind »Selbstthematisierung aus der polyzentrischen Struktur einer Vielzahl gesellschaftlicher Teilperspektiven« (ebd.: 39). Schäffter konstatiert:

»Gesellschaft wird so zu einem relationalen Konstrukt ihrer Teilelemente: ›Sage mir, in welcher Gesellschaft du lebst, und ich sage dir, wer du bist.« (SCHÄFFTER 2001: 40)

Soziologische Zeitdiagnosen oder anders gewendet Gesellschaftstheorien sind spezifische Perspektiven auf die Gesellschaft, die jeweils ein Merkmal herausgreifen und zum bestimmenden Faktor erklären. Dabei besteht kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit, sondern es handelt sich um Beiträge zu einem Diskurs, der die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit ihren Bestimmungsfaktoren und Cha-

rakteristika leistet und damit diskursiv eine Perspektive auf die Gesellschaft als Ganze ermöglicht.

Die Integrationskurse enthalten implizit die gesellschaftstheoretische Variante einer soziologischen Zeitdiagnose. Welche Gesellschaft konstruieren die beiden Integrationskurse?

Migration erscheint im globalisierten 21. Jahrhundert in nationalen Narrativen und gesellschaftlichen Deutungsmustern noch immer als ein Sonderfall, Sesshaftigkeit als der nicht erklärungsbedürftige Normalfall. Dahinter steht die Naturalisierung der nationalstaatlichen Grenzen, die wie internalisierte Selbstverständlichkeiten den Mobilitätsraum von Staatsbürger_innen begrenzen. Innerhalb dieser Grenzen soll es ethnisch bestimmte Gruppen mit ihren Kulturen und Religionen, Wertvorstellungen und Lebensarten geben, die für sie kennzeichnend sind, sie benennbar und abgrenzbar machen. Territorium und Bevölkerung gehen also in der Unterstellung eines kulturell bestimmten Raumes eine Verbindung ein. Dieser Raum grenzt sich nach außen durch soziale Zuschreibungsprozesse des *Otherring* ab. Der Nationalstaat ist jedoch eine historische Erscheinung und nationalen Narrativen haftet nichts Natürliches oder Selbstverständliches an. Vielmehr ist ihre Beharrlichkeit in einer sich schnell wandelnden Welt mehr als erstaunlich und wirft Fragen nach der nationalen Rezeption weltweiter Prozesse – oder ihrer Negierung – auf.

Vorstellungen über Ausländer_innen und ihre Integration sind in die hegemonialen nationalen Narrative und die gesellschaftlichen Deutungsmuster über Angehörige verschiedener »Kulturen« und »Religionen« eingewoben.

Unter dem Duktus eines Verständnisses von Integration, das aus Ausländer_innen integrierte Ausländer_innen machen möchte, verengt sich der Fokus. Betrachtet man den Beitrag Mehrheimischer in Deutschland lediglich im Hinblick auf ihren Anteil an der als *typisch deutsch* verstandenen Kultur und Sprache, dann wird suggeriert, es sei nicht ihre gesamte Alltags- und Lebenswelt Bestandteil des Landes und seiner Kultur. Es wird dann eine vermeintliche Schnittmenge mit der statistierten deutschen Bevölkerung gesucht und gefördert, andere Teilmengen aber ausgeblendet oder sogar delokalisiert und abgelehnt.

Appiah liefert ein Argument, das eine Erklärung zur Skandalisierung sogenannter Migrant_innen liefern kann (APPIAH 2019: 26f.): Eine Strategie, die Welt mit Sinn zu belegen, seien Generalisierungen und vor allem die Kategorie, die linguistisch als »generics« bezeichnet wird (ebd.: 26). Er führt folgendes Beispiel an:

»In fact, as my friend the philosopher Sarah-Jane Leslie has pointed out, an epidemiologist can sincerely say, ›Mosquitoes carry the West Nile virus‹, while knowing that 99 percent of them *don't* carry it.« (APPIAH 2019: 27)

Es wird nicht behauptet, dass alle Mücken das Virus tragen, aber die »Assoziation von Ideen« (ebd.: 27) Sorge dafür, dass Bilder von Kategorien entstünden, deren Ge-

neralisierung implizit funktioniere. Gerade dann, wenn etwas Besorgnis auslöse, sei die Bereitschaft am größten, generics zu akzeptieren (ebd.).

Appiah referiert ein Experiment der Psychologin Marjorie Rhodes³, das beweise, wie einfach es sei, Kinder zu überzeugen, Menschen als ein Volk oder eine Gruppe mit bestimmten Eigenschaften zu begreifen. Sie erfand die »Zarpies« und erzählte zwei Kindergruppen von ihnen. Dabei zeigte sie ihnen Bilder von Menschen mit unterschiedlichen Merkmalen. Der einen Gruppe erzählte sie über den jeweils gezeigten Zarpie etwas in individualisierter Form, etwa *er_sie habe Angst vor Marienkäfern*. Der anderen Gruppe berichtete sie in generics, während sie dieselben Bilder zeigte, *Zarpies hätten Angst vor Marienkäfern*. Die zweite Gruppe ging im Anschluss davon aus, dass es eine Gruppe der Zarpies mit charakteristischen Eigenschaften gebe und dass das Verhalten eines einzigen Zarpies das der Gruppe repräsentiere. (Vgl. ebd.)

Appiah fasst zusammen:

»I can get you to think of people – even a group of diverse-looking people of both sexes and all ages – as a kind, by making generic remarks about them. And you're more likely to accept a generic claim about a group if what it says is something negative or worrying. We humans are more likely, then, to essentialize groups about which we have negative thoughts; and more likely to have negative thoughts about groups we've essentialized.« (APPIAH 2019: 27f.)

Die Interviewten in dieser Studie sprechen von sich nicht als Migrant_innen. Im defizitorientierten Desintegrationsdiskurs ist dieser Begriff allerdings bestimmend und konstituiert über Deutungsmuster und signifikante Symbole eine Kategorie von Migrant_innen, deren tatsächliche Merkmale jedoch so sind, wie sie Appiah beschreibt: beide Geschlechter (beziehungsweise noch mehr als diese beiden), alle Altersstufen und größtmögliche Diversität. Sie sind keine homogene Gruppe und besitzen keine gleichen oder ähnlichen Merkmale. Die Kategorie der Migrant_innen beschreibt keine über das Konstrukt hinausgehende soziale Wirklichkeit, sondern einen Zuschreibungsprozess.

Sucht man nach Migrant_innen, findet man sie nur im Diskurs, in der Debatte, im Sprechen über sie. Sucht man Menschen, die die Bezeichnung des_der Migrant_in für sich als Identitätskategorie interpretieren, findet man sie nicht. Migrant_innen sind Zarpies, linguistisch in generics erzeugt und durch Re-/Produktion in Deutungsmustern verfestigt.

Dort, wo beispielsweise in Theaterstücken, Kabaretts, Rap, Hiphop oder Poetry Slam Menschen diesen Begriff für sich verwenden, geschieht das mit Bezug zu

3 Appiah nennt folgende Quelle: »Marjorie Rhodes, Sarah-Jane Leslie, and Christina M. Tworek, ›Cultural Transmission of Social Essentialism,‹ Proceedings of the National Academy of Sciences 109 no. 34 (August 21, 2012): 13526-13531.« (APPIAH 2019: 228)

den defizitorientierten Konstrukten und ist insofern als Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Handlungspraxen zur Marginalisierung zu interpretieren. Es handelt sich keineswegs um Beispiele dafür, dass tatsächlich jemand von seiner *ih*rer Identität als Migrant_in spricht.

Der von Appiah analysierte Zusammenhang zwischen der Akzeptanz der *generics* und Emotionen von Besorgnis und vielleicht Angst schlüsselt auf, dass, sobald die Skandalisierung aufhört, auch die defizitorientierte Pauschalisierung infrage gestellt ist. Die postmigrantische Gesellschaft muss Wege finden, mit *generics* anders umzugehen und ihre Macht, gesellschaftliche Deutungsmuster zu prägen, einzudämmen. Im derzeitigen Desintegrationsdiskurs bedingen sich Skandalisierung und essenzialisierende *generics* und erzeugen eine argumentative Schleife. Eine kritische Öffentlichkeit unter Beteiligung vor allem derjenigen, über die gesprochen wird, ist gefordert, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Die Interviewten erzählen nicht von *transnationalen* Lebenswelten. Die Nation mit ihren Grenzen scheint für Menschen, die diese Grenzen nicht als Begrenzung ihrer Lebenswelt erfahren, kein sinnvoller Bezugspunkt zu sein. Nicht die Überschreitung von nationalstaatlichen Grenzen, sondern der dadurch entstehende Bedingungsrahmen bildet den Hintergrund ihrer Erfahrungen. Mit diesem gehen sie kreativ um und suchen ihren Weg, ihr Leben zu gestalten und neu auszurichten, wo es notwendig ist, und an bisher Erreichtes anzuknüpfen, wo es möglich ist. Die Konstruktion statisierter Bilder über homogene Sprach- und Kulturräume dient nur noch der normativen Aufrechterhaltung von Grenzen, die längst gefallen sind.

Die statisierte Sicht auf die ganz normalen Lebenswelten der postmigrantischen Gesellschaft bezieht ihre Argumente aus einem signifikanten Symbolsystem. Die Gesellschaft beschreibt sich selbst anhand traditioneller Bilder, die im Gegensatz zu ihrer eigenen Alltagswirklichkeit stehen. Tatsächliche Lebenswelten entsprechen diesen Bildern nicht. Die postmigrantische Alltagswirklichkeit wird zwar wissenschaftlich untersucht sowie subkulturell und künstlerisch wahrgenommen und reflektiert, aber im gesellschaftlichen und vor allem medialen Diskurs erhält sie nicht den Status als gesellschaftliche Normalität. Damit entsteht eine argumentative Lücke, die als Anomiezustand wahrgenommen werden kann. Die postmigrantische Gesellschaft braucht also eine zutreffendere Sicht auf sich selbst.

Statisierte Hegemonie, einheimische Privilegien wie auch migrantisierte Marginalisierung und Benachteiligung sind keine neuen Erkenntnisse. Strukturelle Diskriminierung ist in die Grammatik der Gesellschaft und nicht in die Subjekte eingeschrieben. Die Frage ist, wie soll damit umgegangen werden? Die Beschreibung von sich dauerhaft re-/produzierenden Machtverhältnissen und die Differenzierung in statisierte und migrantisierte Personen enthält selbst die Gefahr der Essenzialisierung, der Festschreibung der kritisierten Verhältnisse und der schematischen Zuordnung zu dieser oder jener Gruppe.

Steyerl diagnostiziert, dass »eine gemeinsame, von Identität unabhängige Sprache der Emanzipation« fehle:

»In dieser Sprachlosigkeit ist eines besonders unsagbar geworden: die Solidarität jenseits der Identität. Es ist, als beruhte die herrschende Ordnung nicht mehr auf dem Ausschluss der Anderen, sondern auf der radikalen Verleugnung ihrer möglichen Gleichheit. Und auch wenn die Forderung nach Gleichheit noch so deutlich artikuliert wird, verhält sie in einer Hegemonie, die Diversität zur imperialen Machttechnik verfeinert hat.

Wie Peter Hallward argumentiert hat, ist die Vernachlässigung der Gleichheit eine generelle Tendenz in den so genannten Postcolonial Studies, die durch ihr unbedingtes Beharren auf Differenz in eine Sackgasse geraten seien. [...] Alain Badiou rabiates Fazit dieser Entwicklungen war, dass nicht mehr Differenz das Problem sei, sondern die nach wie vor mangelnde Gleichheit. [...] Es ist die Solidarität als solche, die heute subaltern geworden ist, da es keine Sprache gibt, in der sie vernehmbar artikuliert werden kann.« (STEYERL 2008: 14f.)

Differenz ist nicht das eigentliche Problem, sondern ihre Instrumentalisierung innerhalb des signifikanten Symbolsystems. Wie kann die postmigrantische Gesellschaft eine Sprache für die Solidarität finden, die auf der Norm der Gleichheit basiert? Wie kann Diversität aus den in den Diskurs eingelassenen Machtstrukturen befreit werden? Wie kann die postmigrantische Gesellschaft ihre Strukturen zutreffender beschreiben und argumentative Lücken füllen?

Das traditionelle Bild der homogenen statisierten Bevölkerung mit Migration als Sonderfall muss zum Gegenstand der Bildung werden, so könnte eine erste Forderung abgeleitet werden. Wenn Migration nicht nur empirisch der Normalfall ist, sondern auch als solcher gesellschaftsbestimmend anerkannt wird, können vermeintliche Migrant_innen nicht mehr als Subalterne adressiert werden, die für die Moderne angeblich nachreifen müssen und deshalb Themen wie Staatsbürgerschaft, Demokratie und Rechtsstaat theoretisch und praktisch erst erlernen müssen. Eine Verzahnung mit dem Ausländerrecht stünde sofort auf dem Prüfstand. Wenn nicht nur Migration der Normalfall ist, sondern auch die postmigrantische Gesellschaft eine akzeptierte soziologische Zeitdiagnose wird, sind beide Zielvorstellungen, des Inburgeringstrajects und des Integrationskurses, kritisch zu hinterfragen.

Das flämische Inburgeringstraject soll einen Beitrag leisten, dass aus Ausländer_innen Staatsbürger_innen werden. Wer erfolgreich den deutschen Integrationskurs abgeschlossen hat, kann früher einen Einbürgerungsantrag stellen. In der postmigrantischen Gesellschaft ist aber auch der_die Ausländer_in ein Normalfall. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft ist für jemanden, der_die ein transnationales Leben führt und für den_die nationalstaatliche Grenzen keine Mobilitätsbarriere darstellen, kein eigenständiges und unabhängiges Ziel. Das heißt aber nicht, dass

es beliebig oder unwichtig wäre, welche Staatsbürgerschaft eine transnational mobile Person hat. Sie bestimmt schließlich das Rechtsverhältnis zum Staat und damit wird auch der Bedingungsrahmen gesetzt. Bei den Interviewten dieser Studie leitete sich aus der Staatsbürgerschaft ab, ob sie am Integrationskurs teilnehmen mussten oder nicht und ob und wie ein Aufenthaltstitel oder eine Arbeitserlaubnis an das Bestehen gekoppelt war.

Der Passport Index von Henley & Partners⁴ ist eine Rangliste, die angibt, in wie viele Staaten sich mit einem Pass visafrei reisen lässt, inwieweit also eine Inklusion in die topologische Infrastruktur der Mobilität vorliegt. Das visafreie Reisen enthält noch keine Arbeitsmöglichkeit in den bereisten Ländern, ist jedoch ein Indikator dafür, ob geringere oder größere Schwierigkeiten zu erwarten sind, auch im Ausland leben und arbeiten zu können. Ein Pass konstituiert also Bedingungen und Zugang zu transnationaler Mobilität. Je nach Staatsangehörigkeit fallen diese Bedingungen günstig oder ungünstig aus und bewirken (teilweise oder selektive) Inklusion bis zur Exklusion von topologischer Mobilitätsinfrastruktur. Ist jemand im Besitz eines Passes, der auf dem Passport Index oben rangiert, hat er_sie wahrscheinlich wenig Anreiz, eine andere Staatsbürgerschaft zu erwerben, selbst wenn er_sie dauerhaft in einem anderen Land lebt. Das Wahlrecht oder andere Privilegien eines_einer Staatsbürger_in etwa sind möglicherweise keine ausreichenden Anreize, eine neue Staatsbürgerschaft anzunehmen, wenn folgende Punkte erfüllt sind: eine weitreichende polykontextuelle Systeminklusion als Ausländer_in, Zugang zu transnationaler Mobilität, Wahlmöglichkeiten bezüglich des Lebensmittelpunkts und Zugang zu einem transnationalen Netzwerk.

In der postmigrantischen Gesellschaft ist die transnationale Weltgesellschaft der Bezugspunkt und Mobilität eine Voraussetzung zur Entstehung transnationalen und -kulturellen Kapitals. Der sogenannte Migrationshintergrund eines Menschen, der selbst nicht transnational mobil ist, kann in einem Prozess der Umdeutung im transtopischen Sprachlabor als vererbtes transnationales und -kulturelles Kapital bezeichnet werden. Selbst wer keine eigene Migrationserfahrung hat, kann von transnationalem Kapital profitieren, etwa in Form von Mehrsprachigkeit oder transkulturellen Kompetenzen. Diese Kompetenzen können zum Beispiel den Zugang zu signifikanten Symbolen oder gesellschaftlichen Deutungsmustern auf einer reflexiven Metaebene ermöglichen, von der aus generics erkannt und zurückgewiesen werden können.

Das unhinterfragte Primat der Staatsbürgerschaft gehört zu den Deutungsmustern, die in die Integrationskonzepte eingelassen sind und deren Geltung die postmigrantische Gesellschaft kritisch hinterfragen muss.

Pässe, so zeigt auch der Passport Index, sind in erster Linie Reisedokumente und dienen der Identifizierung. Sie haben also einen Zweck und dienen der Mo-

4 <https://www.henleypassportindex.com/passport>

bilität. Die Ausstellung eines Reisepasses ist an die Staatsbürgerschaft gekoppelt, aber nicht umgekehrt. Viele statisierte Personen brauchen keinen Reisepass, sondern nur einen Personalausweis und, wenn sie nur in Europa damit mobil sind, benötigen sie auch kein anderes Dokument. Zwei unterschiedliche Sichtweisen auf die Staatsangehörigkeit ergeben sich für Einheimische und Mehrheimische. Beide Begriffe sind in diesem Zusammenhang besonders zutreffend:

In den hegemonialen Deutungsmustern ist die Staatsbürgerschaft der Begründungszusammenhang für Statisierung und ein selbstverständliches Dasein im Hier und Jetzt, für angestammte Gewohnheitsrechte und für staatsbürgerliche Rechte etwa bei Wahlen. In der postmigrantischen Gesellschaft, in der transnationale Mobilität im gesellschaftlichen Zentrum steht, rückt die Wertigkeit einer Staatsbürgerschaft auch über die mit ihr verbundene Mobilitätsgarantie ins Zentrum. Diese lässt sich mit dem Passport Index ermitteln. Es ist zwar ein gültiges Deutungsmuster, entspricht aber nicht den empirischen Tatsachen, dass Neuankömmlinge in ein Zielland migrieren, in das sie sich dann assimilieren und in dem sie ihr gesamtes weiteres Leben verbringen. Stattdessen sind Menschen in der postmigrantischen Gesellschaft transnational mobil mit unterschiedlichen Lebensmittelpunkten in Vergangenheit und Zukunft. Staatsbürgerliche Rechte können individuell unterschiedlich gewichtet werden. Die Möglichkeit, mit einem neuen Pass mobiler zu sein, könnte bei einem transnationalen Lebensstil eine größere Rolle spielen als der Erwerb anderer staatsbürgerlicher Rechte, die mit einer Einbürgerung verliehen werden – etwa des Wahlrechts. Die Mobilität, die ein Pass garantiert, generiert Möglichkeiten, die über staatsbürgerliche Privilegien im Inland hinausgehen.

In der postmigrantischen Gesellschaft erhält ein Pass seinen Wert nicht über das mit ihm versprochene Statisierungsrecht. Vergeben werden staatsbürgerliche Rechte, aber keine statisierten Privilegien. Insofern stellt sich die Frage eines Nutzens jenseits des Versprechens von Sozialintegration – weil es gar nicht eingelöst werden kann. Ob jemand deutsche_r oder belgische_r Staatsbürger_in wird, muss also Vernunftgründen folgen. Die Staatsbürgerschaft wird dann angestrebt, wenn es dafür rationale Gründe gibt.

Eine neue Staatsbürgerschaft muss einen Nutzen bringen, ohne Nachteile zu verursachen, die nicht kompensiert werden können. Für Mehrheimische ist eine neue Staatsbürgerschaft vor allem dann attraktiv, wenn sie eine vorhandene Staatsbürgerschaft behalten können und sich zusätzliche Vorteile ergeben. Im Umkehrschluss können Nachteile entstehen und dazu führen, eine neue Staatsbürgerschaft nicht zu beantragen, obwohl die Voraussetzungen dazu vorliegen. Daraus folgt, dass jemand den Wunsch haben kann, kein_e Staatsbürger_in zu werden, weil es für ihn_sie aus rationaler Sicht vorteilhafter ist. Außerdem ist auch möglich, dass emotionale Gründe dazu führen, keine Staatsbürgerschaft anzustreben.

Die postmigrantische Gesellschaft hat eine Bevölkerung, bestehend aus Staatsbürger_innen und Menschen anderer Nationalitäten. Weder lässt sich unterstellen, dass Staatsbürger_innen ein engeres oder emotionaleres Verhältnis zum Staat haben als Nicht-Staatsbürger_innen, noch dass sie besser über diesen Staat informiert sind oder sich der Staatsform verbundener fühlen. In der postmigrantischen Gesellschaft ist ein rationaler Blick auf Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus angebracht. Die Staatsbürgerschaft ist nicht der von jedem_jeder angestrebte Rechtsstatus. Als Idealtypus oder Zielrichtung von Integration hat dieses Modell ausgedient.

Das Inburgeringstraject richtet sich an Neuankömmlinge jeder Nationalität, also auch Belgier_innen. Es unterstützt beim Spracherwerb, bei der Orientierung im urbanen Sozialraum, der Alltäglichen Lebensführung sowie der Lösung von Vereinbarkeitsproblemen. Das Inburgeringstraject, so lässt sich aus den Ergebnissen dieser Studie folgern, ist eine Erwachsenenbildungsmaßnahme, die mit der postmigrantischen Gesellschaft in einem Dialog steht. Die Interviewten profitierten von einer Praxis der Äquivalenzanerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, die Wiederholungen bereits absolvierter Bildungsgänge überflüssig machte. Diejenigen, die in Flandern wohnten, bevor sie ihren Lebensmittelpunkt nach Brüssel verlegten, wurden dort jedoch auch mit Bildern einer homogenen niederländischsprachigen Bevölkerung konfrontiert. Ihnen wurde vermittelt, dass sie sich in jedem Fall sprachlich anpassen müssen und man für sie keine_n Dolmetscher_in anstellen könne. In Brüssel finden sich die Interviewten dann aber in einer günstigeren Situation, in der Mehr- und Vielsprachigkeit eine Ressource ist, Migration zur akzeptierten Alltagsnormalität gehört und das urbane Leben prägt. Das Inburgeringstraject in Brüssel ist eine Bildungsmaßnahme, die auf Inklusion in den Alltag und in den Sozialraum abzielt. Sie ist auf die Zielgruppe der Neuankömmlinge in der Stadt zugeschnitten. Es spielt keine Rolle, ob mit dem Zuzug ein Migrationsanlass einhergeht. Integration und Inburgering in Belgien wählen eine konsequent alltagsorientierte Herangehensweise und zielen auf die polykontextuelle Systeminklusion ab. Eine Verpflichtung zur Teilnahme gab es zum Zeitpunkt der Interviews noch nicht.

Der Integrationskurs im Ruhrgebiet beruht auf einem anderen Konzept. Der Staat gießt eine traditionelle Gesellschaftstheorie mit Bildern von Homogenität, Monolingualität und einer statisierten Bevölkerung in eine Integrationsmaßnahme. Der Integrationskurs ist Teil des Ausländerrechts und nicht der Erwachsenenbildung. Der Sprachkurs ist inhaltlich an den Bedürfnissen von Deutschlerner_innen orientiert und die Interviewten waren auch überzeugt, stark vom Kurs zu profitieren. Das Integrationskonzept hinter dem Kurs korrespondiert jedoch mit einer defizitorientierten Migrantisierung der Teilnehmer_innen. Das Bildungsinstitut bietet zwar den von den Teilnehmer_innen positiv bewerteten Deutschkurs an, ist aber zusätzlich auch der verlängerte Arm der Behörden. Wenn die Teilnahme

verpflichtend ist, kann nur das Bildungsinstitut die Erfüllung dieser Pflicht kontrollieren und bei Verstößen den Behörden melden. Bildungsinstitut und Lehrpersonen sind in einer ambivalenten Doppelrolle als Erwachsenenbildner_innen und Kontrollinstanzen der Behörden. Beide Rollen widersprechen sich jedoch. Dieser Widerspruch folgt aus der Adressierung der Teilnehmer_innen des Integrationskurses in zwei gegensätzlichen Rollen: Für das Bildungsinstitut sind sie einerseits selbstverantwortliche erwachsene Lernende und andererseits kontrollbedürftige nicht-integrierte Ausländer_innen.

Das deutsche Integrationskonzept setzt über Prozesse des Othring eine Grenze. Es gibt einen Weg in diese Gesellschaft hinein, sie können irgendwann dazu gehören, so das Versprechen. Der ihnen aufgezeigte Weg ist eine verordnete »Integration«.

In der postmigrantischen Gesellschaft ist Migration prägende Ressource. Nachhaltigkeit kann nur erzielt werden, wenn strukturelle Diskriminierungen und Pauschalisierungen in defizitorientierten Deutungsmustern und signifikanten Symbolsystemen analysiert, reflektiert und ihre Geltung zurückgewiesen werden. Es muss eine Sprache gefunden werden, die der postmigrantischen Gesellschaft angemessen ist und die Gleichberechtigung und Gleichheit der Menschen zum Ziel hat. Wenn sich die als Migrant_innen bezeichneten Personen gar nicht mit dem Begriff identifizieren, ist keine Emanzipationsbewegung zu erwarten, die sich mit negativen Zuschreibungen auseinandersetzt, wie es bei Zuschreibungen zu Geschlecht und Gender der Fall ist. In der Genderdebatte geht es darum, eine geeignete Sprache zu finden, die strukturelle Diskriminierungen abbaut. Begriffe werden konstruiert und sollen etabliert werden, die Identitäten und Selbstkonzepte sag- und sichtbar machen. Die Migrationsdebatte ist noch nicht so weit. Hier geht es noch um die Selbstverständigung einer Gesellschaft, die ein Verhältnis zu ihrem eigenen Wandel finden muss und sich stattdessen immer wieder auf traditionelle Ideologien zurückzieht. Das ist nur deshalb möglich, weil die Akteur_innen der Migrationsdebatte nicht die diskutierten Migrant_innen selbst sind.

Sprachliche Mechanismen und eine hegemoniale Wissensproduktion müssen mit neuen Instrumenten reflektiert und verändert werden. Delokalisierungsprozesse über Migrantisierungspraxen bedürfen der Dekonstruktion und an ihre Stelle müssen Ver_ortungspraxen über ein neues Konzept von postmigrantischer Mobilität treten.

Eine Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt mit dem Zertifikat über den abgeschlossenen Integrationskurs verfestigt den Status als Migrant_in und ist nicht dasselbe wie der Abschluss eines Sprachkurses. Mit einem Zertifikat Integrationskurs bewirbt sich jemand *als Migrant_in* auf dem Arbeitsmarkt. Die fehlende Anerkennung von ausländischen Zeugnissen ist eine Barriere. Ein Zertifikat Integrationskurs versieht das Bewerbungsdossier zusätzlich mit einem Beweis über

die Beseitigung von Integrationsdefiziten. Der Eindruck drängt sich auf, diese Defizite hätten vor Kursbeginn vorgelegen. Das Zertifikat beweist lediglich, dass der_die Absolvent_in nun denselben Status erreicht hat, den vermeintlich Einheimische immer schon hatten. Die Leistung, die die Absolvent_innen vor allem im Sprachkurs erbracht haben, könnte durch ein Zertifikat über den Sprachkurs ohne Verweis auf einen Integrationskurs arbeitsmarktgerechter dargestellt werden. Mit einem Sprachkurs könnte ein_e potenzielle_r Arbeitgeber_in Eigeninitiative, Interesse, Fleiß, eine hohe Motivation und auch Lerner_innenautonomie verbinden, also genau die Eigenschaften, die die Interviewten dieser Studie zeigten. Grundsätzlich gelten Zertifikate über Sprachkenntnisse als nützliche Ressourcen. Die normative Monolingualität in Deutschland antizipiert die Beherrschung der deutschen Sprache jedoch als Selbstverständlichkeit und subsumiert den Lernerfolg unter den Begriff der Integration. Deutsch zu beherrschen wird bei mehrheimischen Personen als Erreichen des üblichen Standards definiert. Im Gegensatz dazu ist ein Sprachzertifikat über eine neu erlernte Sprache bei einer statisierten Person immer ein Plus, ein Mehr.

Die Interviewten im Ruhrgebiet und in Brüssel zeigten, dass sie motiviert ihre eigenen Pläne verfolgten. Sie fanden selbst heraus, welche sprachlichen und beruflichen Kenntnisse sie benötigten und welche Schritte erforderlich waren.

Sehr wohl braucht die postmigrantische Gesellschaft Bildungsangebote, die Neuankömmlingen Wege zur Inklusion in den Sozialraum und den urbanen Alltag freimachen. Sie braucht auch Sprachkurse, um die Möglichkeiten der Teilhabe zu erweitern. Integration als Inklusion in die postmigrantische Gesellschaft geschieht über Bildungsprozesse, die im Alltäglichen sowie selbstgesteuert stattfinden und nicht als Anpassungsleistungen zu verstehen sind. Strukturelle Diskriminierungen müssen systematisch aufgespürt und abgebaut werden. Wenn Neuankömmlinge oder Menschen, die schon viele Jahre im Ruhrgebiet leben, keine Arbeit finden, muss nach den Ursachen geforscht werden. Eine Verpflichtung zur Integrationskursteilnahme, die an die Stelle dieser Suche tritt, weicht auf einen Nebenschauplatz aus.

Ein Leben in der Parallelgesellschaft gibt es nicht. Aber es gibt ein Lernen in einer »Parallelstruktur« von Bildung, die Terkessidis als eine regelrechte »Integrationsindustrie« beschreibt, die »neben dem Regelbetrieb« stattfindet (TERKESSIDIS 2017: 35). In Brüssel nehmen auch Belgier_innen teil, dort ist die Situation eine andere. Jedoch könnte diese Integrationsindustrie auch in Flandern vorhanden sein. Die Interviewten, die von dort nach Brüssel umzogen, erzählten von vergleichbaren Integrationsforderungen und defizitorientierten Sichtweisen in Flandern, mit denen sie später in Brüssel nicht mehr konfrontiert wurden. Eine weitere Studie mit einem Vergleich zwischen dem Inburgeringstraject in Brüssel und Flandern könnte darüber Aufschluss geben, ob es diese wesentlichen Unterschiede gibt.

Terkessidis stellt fest:

»Wir leben in einer paradoxen Gesellschaft. Im Grunde darf Migrationshintergrund – ebenso wie das Geschlecht – eigentlich gar keine Rolle spielen, wenn es um die Verteilung von Ressourcen, Dienstleistungen und Aufstiegschancen geht. Zugleich aber bestehen Unterschiede und es gibt Benachteiligungen. Eine Strategie, die komplett auf Gleichbehandlung abzielen würde, könnte daher diskriminierende Effekte haben. [...] Niemand kann die gesellschaftlichen Verhältnisse im Alleingang »entparadoxieren«. Wir müssen damit leben: Gerechtigkeit in einem Einwanderungsland erfordert eine Kunstfertigkeit im Handeln, die einen etwaigen Migrationshintergrund nicht beachtet und gleichzeitig auch nicht vergisst, dass dieses Kriterium existiert, weil es mit Differenz und Benachteiligung in Verbindung steht.« (TERKESSIDIS 2017: 35f.)

Auch im niederländischsprachigen Raum gibt es Kritik an der Integrationsdebatte und den daraus folgenden staatlichen Programmen. Geldof fasst Argumente verschiedener Wissenschaftler_innen wie Shadid, El Kaouakibi, Scheffer und Schinkel folgendermaßen zusammen⁵ (GELDOF 2019: 157f.):

Die Integrationsdebatte verstärke die Einteilung in *wir* und *sie* und erhöhe die Aufmerksamkeit für religiöse Zugehörigkeiten (vgl. ebd.). Die Stigmatisierung nehme dadurch zu. Zugrunde liege der Debatte eine unhinterfragte Vorherrschaft der westlichen Gesellschaften (vgl. ebd.) Nicht einzelne Personen, sondern kulturelle Minderheiten sollten integriert werden (vgl. ebd.). Es gebe Vorschläge, wie von Willem Schinkel, die gesamte Integrationspolitik abzuschaffen (vgl. ebd.). Er setze den Begriff »[Integration]« in Klammern, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein Symbol handle und dem Ausschluss derjenigen diene, die mit ihm problematisiert werden (ebd.: 157f.).

Schinkel komme zu dem Schluss, dass der Begriff immer suggeriere, dass ein integraler Teil der Bevölkerung nicht dazu gehöre und letztlich dazu diene, die gesamte Problematik wie einen Motor am Laufen zu halten (vgl. ebd.: 158). Das Konzept der Integration individualisiere, denn Einzelne müssen sich integrieren, und de-individualisiere, denn Integrationsdefizite würden mit der Kultur verknüpft (vgl. ebd.).

5 Geldof nennt folgende Quellen auf den Seiten 258 und 270 seines Literaturverzeichnisses: »Shadid, W. (2008). *De multiculturele samenleving in crisis. Essays over het integratiebeleid in Nederland*. Heerhugowaard: Gigabook.«; »El Kaouakibi, S. (2013). # Believe. *Waarom iedereen zegt maar niemand echt gelooft dat jongeren de toekomst zijn*. Leuven: LannooCampus.«; »Scheffer, P. (2012). *Het multiculturele drama*. B. van den Broeck & M.-C. Foblets (Red.). *Het failliet van de integratie? Het multiculturalisme-debat in Vlaanderen* (pp. 71-82). Leuven: Acco.«; »Schinkel, W. (2008): *De gedroomde samenleving*. Kampen: Klement.«

Geldof nutzt zur Beschreibung der Gesellschaft den Begriff der »Superdiversität«, den er von Steven Vertovec übernimmt⁶ (ebd.: 31). Geldof beschreibt drei Dimensionen (ebd.: 32):

Die erste Dimension ist quantitativ: Der Anteil der Bevölkerung, der selbst aus dem Ausland zugezogen sei, sowie der zweiten, dritten usw. Generation nehme stetig zu (vgl. ebd.: 32). Die zweite, qualitative Dimension zeige eine starke Veränderung hin zur Diversifizierung der Diversität, vor allem in den Städten (vgl. ebd.). Die dritte Dimension ist der Prozess der gesellschaftlichen Normalisierung, den Geldof als langsam und mühsam beschreibt (vgl. ebd.). Diese drei Dimensionen gehören zusammen und ergeben eine neue »superdiverse Realität mit größerer Komplexität der Bevölkerungsstruktur« sowie »größerer Komplexität und Ambiguität in Interaktionen« (ebd. 32f.).

Interessant ist an Geldofs Ansatz, dass die gesellschaftliche Rezeption und der Prozess der Normalisierung selbst Bestandteile der Superdiversität sind. Sie sind nicht auf einer Metaebene der Reflexion über Superdiversität angesiedelt. Nicht nur die Gesellschaft wandelt sich sozialstrukturell, sozioökonomisch, sprachlich, religiös und kulturell, sondern auch ihre Selbstbeschreibung. Die Gesellschaft ist mit sich selbst in der Diskussion und verarbeitet und normalisiert ihren eigenen Wandel. Jedoch ist gerade diese letzte Dimension schwierig und läuft letztlich der Entwicklung des gesellschaftlichen Wandels hinterher. Der diskutierte cultural lag (Kapitel 2.1) korrespondiert mit Geldofs Konzept.

Wenn die Erwachsenenbildung und die soziologische Gesellschaftstheorie miteinander einhergehen, voneinander abhängig sind, in einem dialektischen Verhältnis stehen und die Erwachsenenbildung ein gesellschaftlicher Selbstaussdruck ist, gibt es in der postmigrantischen Gesellschaft unter den Dimensionen der Superdiversität ein Problem:

Die Bildungswissenschaft und die Erwachsenenbildung können nur den Stand des Diskurses zwischen ihnen und der Gesellschaft zur Grundlegung nutzen. Ist die Zielgruppe der Erwachsenenbildung aber die von Diversität gekennzeichnete Bevölkerung und/oder geht es in der Bildungsmaßnahme auch noch um Integration, tut sich eine Schere auf. Die Lebenswelten der Teilnehmer_innen entsprechen nicht der Gesellschaftstheorie, die in die Erwachsenenbildung eingelassen ist und die hinter der Normalisierung der bestehenden Verhältnisse zurückbleibt. So lernen die Teilnehmer_innen des Integrationskurses im Ruhrgebiet, sich an eine Gesellschaft anzupassen, die es nicht gibt. Sie sollen sich integrieren und werden als Außenstehende adressiert, dabei sind sie integraler Bestandteil der Gesellschaft und tragen Ressourcen, transnationales Kapital und Innovationskraft bei.

6 Geldof nennt in seinem Literaturverzeichnis folgende Quelle: »Vertovec, S. (2005). *Opinion: Super-diversity revealed*. BBC News, September 20. http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/4266102.stm« (GELDOLF 2019: 273).

Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen – auch der Ressource Migration – besteht darin, sie zum Wohle der Gesellschaft und kommender Generationen einzusetzen. Sie dürften nicht gedankenlos verschwendet werden, wie es geschieht, wenn sie zu Defiziten umgedeutet werden.

Daraus lässt sich folgende Forderung ableiten: Die Fertigkeiten und Eigenschaften, aber auch die ausländischen Bildungsabschlüsse, die Mehrheimische besitzen und die der Gesellschaft durch *ihre eigene* transnationale Mobilität zur Verfügung stehen, müssen ihren angemessenen Stellenwert als gesellschaftliche Ressourcen erhalten.

Die postmigrantische Gesellschaft benötigt eine Bildung, die Gleichheit und Solidarität zum Ziel hat. Die Beziehung zwischen Differenz und Egalität muss in der postmigrantischen Gesellschaft neu ausgelotet werden.

Es braucht eine postmigrantische Bildung, die nicht nur mit dem der Entwicklung hinterherlaufenden Normalisierungsstatus, sondern auch an einer normativen Grundlegung und Programmatik arbeitet. Insofern ist sie nicht nur Ausdruck des gesellschaftlichen Stands der Normalisierung, sondern wird selbst zu ihrem Motor.

Die Anerkennung von Differenzen ist noch kein Garant für Gleichheit und Solidarität. Im Gegenteil: Differenzen können strategisch betont und zur Aufrechterhaltung von Machtverhältnissen eingesetzt werden.

Die postmigrantische Bildung muss selbst zum Ort werden, an dem die gesellschaftliche Normalisierung der Diversität vorangetrieben wird. Mit einer theoretischen Grundlegung, die normativ diese Normalisierung zum Ziel hat, kann sie den Dialog mit der Gesellschaft unter veränderten Vorzeichen führen. Dazu müssen Gesellschaftsmitglieder gleichberechtigt am Diskurs teilnehmen und ihn so auch verändern können.

Ziel dieser Veränderung ist, die Ressourcen, die durch Migrationsprozesse entstehen, etwa transnationales und -kulturelles Kapital, Netzwerke, Erfahrungswissen transnationaler Lebenswelten und Mehrsprachigkeit, zum Wohl der Gesellschaft und der Menschen nachhaltig zu nutzen.

Gleichheit und Solidarität erwachsen nicht bereits aus der Anerkennung von Differenzen. Aus dem Stand der Normalisierung von Diversität, die hinter der gesellschaftlichen Entwicklung der Diversität zurückliegt, entstehen unzureichende gesellschaftliche Teilhabe- und individuelle Verwirklichungschancen. Daraus entsteht ein Problem, das man mit Zhao folgendermaßen beschreiben kann:

»Wie soll es den Weltbürger geben, bevor eine Welt universeller Teilhabe existiert? Und wo soll er existieren? Wir müssen Vorstellungen der Zukunft entwickeln, aber wir können die Zukunft nicht vorwegnehmen.« (ZHAO 2020: 24)

Zhao fragt nach der Existenz des_der Weltbürger_in nicht über transnationales Kapital, über Mobilität oder Migration, sondern über universelle Teilhabe. Er löst

sich also von deskriptiven Kategorien und argumentiert normativ. Das Problem ist auch die einzige Lösung: Wir müssen Vorstellungen von der Zukunft entwickeln, wie sie sein *soll*, nicht wie sie sein *wird*, um diese Frage zu beantworten. Die postmigrantische Bildung muss eine Antwort auf die Frage der Gleichheit und Solidarität suchen. Migrantisierung führt zu ungleichen Lebens- und Bildungschancen, zu Marginalisierung und Diskriminierung. Die Offenheit der Gesellschaft und der Zukunft muss eine postmigrantische Bildung in Rechnung stellen und gleichzeitig so allgemein bleiben, dass sie nicht selbst in einen theoretischen Lag gerät. Dann würde auch sie der Entwicklung der Gesellschaft hinterherlaufen. Dennoch muss sie so spezifisch sein, dass sie als roter Faden und Grundlegung geeignet ist.

An dieser Stelle kann ein derartiges Konzept postmigrantischer Bildung nicht entwickelt werden. Das würde den gesetzten Rahmen dieser Studie sprengen. Ihr müsste eine eigene Studie gewidmet werden. Folgende Grundsätze seien aber skizziert:

- Postmigrantische Bildung braucht eine gerechtigkeits- und demokratietheoretische Grundlage und eine normative Argumentation.
- Differenzlinien nutzt sie nicht zur Klassifizierung, zur Errichtung oder Begründung einer Parallelstruktur von Bildung, sondern als Analyseinstrumente zur Aufspürung und Bekämpfung von Ungleichheit und Diskriminierung.
- Ziel ist die gesellschaftliche Normalisierung von Diversität und die Durchsetzung von Egalität.
- Dazu braucht die postmigrantische Gesellschaft ein resilientes Narrativ anstelle von Krisenszenarien.

Wie die Zukunft der postmigrantischen Gesellschaft aussieht, kann niemand wissen. Sicher ist aber, die Diversifizierung der Diversität wird weiter fortschreiten. Und sicher ist auch, diese Zukunft ist gestaltbar.

Die letzten Sätze dieser Studie sollen noch einmal einem Interviewten gehören, Florean, der sich zur Zukunft äußert:

»Die Zukunft gibt viele Möglichkeiten. Und da gibt es die wichtige Sache, das ist Demokratie. Und die Grenze ist nur der Himmel.«⁷

7 Interview mit Florean, S. 8, Z. 278–279.

